



Dringliches Postulat Nr. 218 2010/2012

Eingang Stadtkanzlei: 13. Juli 2011

Prostitution in Luzern

Aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und Beschwerden von Anwohnenden im Trib-schenquartier wird der Stadtrat Massnahmen gegen den Strassenstrich prüfen: Strichverbots-zonen, Laufhäuser, Verrichtungsboxen.

Wir begrüssen es, wenn der Stadtrat mit seiner liberalen Haltung gegenüber dem Prostituti-onsgewerbe proaktive Bewusstseinsbildung für gegenseitige Rücksichtnahme und Toleranz macht. Nur so sind Lösungen mit und für alle Beteiligten zu finden.

Wie in andern Städten festgestellt wurde, verschiebt sich bei Verbotszonen der Strassenstrich in andere Quartiere oder in Industriegebiete, wo die Sicherheit von Sexarbeitenden mehr gefährdet ist. Deshalb sind Massnahmen zu suchen, die nicht zu zusätzlichen Illegalisierungen führen und die Frauen nicht in noch prekärere Lagen drängen.

Da im Vergleich mit Zürich und Olten der Strassenstrich in Luzern kleiner und überschaubarer ist und sich der Drogenstrich vor allem in einem Quartier angesiedelt hat, fordern wir den Stadtrat auf, in Zusammenarbeit mit involvierten Institutionen Folgendes zu prüfen:

- Angaben zu Umfang und Grösse des Strassenstrichs im Sommer, Winter oder bei grossen Events laufend zusammenstellen
- Quartierverträgliche und spezifische Sofortmassnahmen wie temporäre Strassensperren, Toi-Toi-WC's, zusätzliche Reinigungsequipe usw. und deren flexible Umsetzung in enger Absprache mit den Quartieren (erproben und bei Bedarf wieder anpassen)
- Unterstützung von Projekten der Aidshilfe und Gassenarbeit (statt Finanzen für Repressi-on)
- Informations- und Beratungsbüro für Sexarbeitende
- Informationskampagne zur Sensibilisierung von Freiern und Motivation von bestehenden legalen Einrichtungen zur Mitarbeit und Mitfinanzierung (kann eine Verlagerung des Strichs in Salons und Kontaktbars bewirken)
- Initiieren einer Trägerschaft für ein Laufhaus mit Anlaufstelle für Sexarbeitende
- Standort für Verrichtungsboxen in einem Parkhaus

Wir bitten den Stadtrat, diese Forderungen in die laufenden Überprüfungen einzubeziehen.

Monika Senn Berger und
Edith Lanfranconi-Laube
namens der G/JG-Fraktion

Manuela Jost
namens der GLP-Fraktion

Ylfete Fanaj und Dominik Durrer
namens der SP/JUSO-Fraktion

Franziska Bitzi Staub